



Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft  
Landesbezirk Niedersachsen-Bremen



Bezirk Niedersachsen  
und Sachsen-Anhalt

26. August 2010

## **IG Metall und ver.di fordern:**

### **Leiharbeit fair gestalten - Missbrauch beseitigen**

Hannover - Die Gewerkschaften IG Metall und ver.di haben in einer gemeinsamen Erklärung gefordert, die Arbeits- und Leistungsbedingungen von Leiharbeitnehmern zu verbessern, den Missbrauch von Leiharbeit in Unternehmen zu beseitigen und Leiharbeitern gleiches Geld für gleiche Arbeit zu bezahlen.

ver.di-Landesleiter Siegfried Sauer und IG Metall-Bezirksleiter Hartmut Meine wiesen am heutigen Donnerstag darauf hin, dass durch die Zunahme der Leiharbeit ein „großer Niedriglohnsektor mit prekären Arbeitsbedingungen“ entstanden sei. Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz müsse dringend geändert und die in einer EU-Richtlinie europaweit festgelegten Mindeststandards für Leiharbeit in deutsches Recht umgesetzt werden.

#### Im Einzelnen fordern IG Metall und ver.di:

- Leiharbeit zu begrenzen und Leiharbeitnehmer nach den üblicherweise am Arbeitsplatz und im Betrieb geltenden tariflichen Bedingungen zu beschäftigen.
- Gesetzliche Regelungen, die den Missbrauch von Leiharbeit verhindern. Denn Leiharbeitsbeschäftigte werden zunehmend zur Verdrängung von Stammbeschäftigten missbraucht.
- Die Verdrängung von Stammbeschäftigten durch Gründung von konzerninternen Leiharbeitsgesellschaften zu stoppen.
- Mehr Mitbestimmungsrechte für Betriebsräte in Entleihbetrieben.
- Die Koppelung der Befristung von Leiharbeit an einen Arbeitseinsatz zu verbieten (Synchronisationsverbot). Damit dürfen Verleihfirmen künftig Arbeitnehmer nicht mehr nur für einen Auftrag einstellen und anschließend entlassen.

Auch der von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen geforderte Mindestlohn für die Leiharbeitsbranche verhindere nicht den gesetzlich zugelassenen Missbrauch von Leiharbeit. Deshalb sei eine Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes dringend erforderlich. In diesem Zusammenhang forderten Meine und Sauer auch den Niedersächsischen Ministerpräsidenten David McAllister auf, eine entsprechende Bundesratsinitiative auf den Weg zu bringen.



Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft  
Landesbezirk Niedersachsen-Bremen



Bezirk Niedersachsen  
und Sachsen-Anhalt

Seite 2

Die Zahl der Leiharbeitsbeschäftigten in Niedersachsen ist laut Landesamt für Statistik mittlerweile wieder auf über 71.000 Beschäftigte angestiegen, dies sind fast drei Prozent der Arbeitnehmer. Niedersachsen liegt damit knapp über dem Bundesdurchschnitt. Das Land Bremen hat mit gut 10.000 Leiharbeitern, das sind 3,7 Prozent aller Beschäftigten, bundesweit die höchste Quote vor Hamburg und Thüringen. Nach Angaben von ver.di ist etwa die Hälfte der Leiharbeitnehmer in der Dienstleistungsbranche beschäftigt.

Nach einer neuen Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) finden lediglich sieben Prozent der ehemals Arbeitslosen durch Leiharbeit einen festen Arbeitsplatz. Die meisten Leiharbeitsverhältnisse enden bereits innerhalb von drei Monaten. Damit sei, so Meine und Sauer, eindeutig widerlegt, dass Leiharbeit eine Brücke in den Arbeitsmarkt darstelle. Beide hoben hervor, dass Leiharbeitsbeschäftigte bei gleicher Qualifikation etwa 30 Prozent weniger Entgelt erhalten würden und forderten das „Ende des Lohndumping“.

Weitere Informationen unter:

[www.gleicharbeit-gleichesgeld.de](http://www.gleicharbeit-gleichesgeld.de)

[www.hundertprozentich.de](http://www.hundertprozentich.de)

Uwe Stoffregen

IG Metall Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt  
E-Mail: [bezirk.nieder-sachsen-anhalt@igmetall.de](mailto:bezirk.nieder-sachsen-anhalt@igmetall.de)  
Tel.: 0511/16406-42, Fax 0511/16406-50  
Mobil: 0170/3333080

Ulf Birch

ver.di-Landesbezirk Niedersachsen-Bremen  
E-Mail: [ulf.birch@verdi.de](mailto:ulf.birch@verdi.de)  
Tel.: 0511/12400-105; Fax 0511/12400-107  
Mobil: 0170/7812412